Vorgaben für Ausbau der Radwege

Darmstädter Bürger wollen Entscheid erwirken

h.r. DARMSTADT. Eine Gruppe von 15 Darmstädtern will zusammen mit der hessischen Landtagswahl im Herbst einen Bürgerentscheid zum Radwegeausbau in der Stadt initiieren. „In Darmstadt muss in die Sicherheit des Radverkehr investiert werden“, erläuterte Initiator David Grünewald die Kampagne „Radentscheid“, die sich an Vorbildern in Berlin und Hamburg orientiert. Ziel von Grünewald und seinen Mitstreitern ist es, für ein Bürgerbegehren zunächst rund 3400 Unterschriften zu sammeln. In der zweiten Stufe soll dann der Bürgerentscheid parallel zur Landtagswahl am 28. Oktober stattfinden. Durch ihn soll die Stadt die folgenden drei Jahre verpflichtet werden, Radwege auszubauen und Kreuzungen für Radfahrer sicherer zu gestalten.

Die Vorstellungen der Gruppe von diesem Ausbauprogramm sind konkret. So sollen jährlich fünf Kilometer Hauptstraße so umgestaltet werden, dass ein Radweg von mindestens 2,3 Meter je Straßenseite entsteht, um Radverkehr in unterschiedlichen Geschwindigkeiten zu ermöglichen. Um das persönliche Sicherheitsgefühl zu steigern, sollen die Radwege zusätzlich durch ein bauliches Element vom Autoverkehr getrennt werden. „Die Niederlande verfolgen seit Jahren diese Strategie und konnten das Radfahren so für breite Bevölkerungsschichten erschließen“, sagt Grünewald. Zu den weiteren acht Zielen des Bürgerbegehrens gehören drei sichere Kreuzungen, fünf Kilometer „attraktive Nebenstraßen“ und 50 Bordsteinabsenkungen je Jahr.

Die städtische Pressestelle äußerte sich gestern auf Nachfrage zu der Initiative Radausbau nicht näher. „Wir warten, ob die notwendige Zahl der Unterschriften vorgelegt werden kann, und prüfen dann, ob das Begehren den Zielen der Hessischen Gemeindeordnung entspricht“, sagte ein Sprecher. Dazu gehöre auch die Darstellung der finanziellen Folgen im Fall eines Erfolgs des Bürgerentscheides. Viele Bürgerbegehren scheitern an dieser oder anderen formalen Hürden. Der Landesverband „Mehr Demokratie wagen“ hat deshalb einen Leitfaden erstellt.

In ihm wird darauf verwiesen, dass es zwei Arten von Bürgerbegehren gibt. Solche, die sich gegen einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung oder Gemeindevertretung richten, und jene Begehren, die auf etwas abzielen, mit dem sich die Politik noch nicht beschäftigt hat. Beides trifft im Fall der Darmstädter Initiative Radentscheid nicht zu. In ihren Pressemitteilungen richten sie sich nicht gegen eine konkrete Entscheidung der Stadt zum Radwegeausbau, die korrigiert werden soll. Neu ist das Thema aber auch nicht, weil über Radwege in der Stadtverordnetenversammlung seit Jahren diskutiert und entschieden wird. So wurde kürzlich erst beschlossen, einen Radverkehrsbeauftragten einzustellen.

Wetterauer Freunde gewinnen 2,9 Millionen

WIESBADEN (lhe). 20 Euro eingesetzt, 2 291 419,30 Euro gewonnen: Für zwei Freunde aus der Wetterau ist ein Glücksspiel-Traum in Erfüllung gegangen. Die beiden Männer haben bei der europäischen Lotterie Eurojackpot zusammen mit sechs weiteren Tippern die mit mehr als 20 Millionen Euro gefüllte Gewinnklasse zwei geknackt, wie Lotto Hessen mitteilte.

Ihren Gewinn lösten sie gestern in der Lotto-Zentrale in Wiesbaden ein. Die Gewinnzahlen waren am Freitagabend im finnischen Helsinki gezogen worden. Der Eurojackpot wird mit fünf gezogenen Zahlen von 50 sowie zwei von zehn geknackt. Die Chance hierfür liegt bei eins zu 95 Millionen. Gespielt wird die Lotterie in 18 Ländern.

Heute

Kappen von Bischofsheim
In Bischofsheim hat sich ein Betrieb auf Narrenkappen spezialisiert. Bei Eva Cezanne bestellen fast alle großen und kleinen Vereine aus der Region. Die Stückzahlen schwanken jedoch stark. **Seite 45**

Neue Verbindungen
Die Politiker in Wiesbaden und Mainz wollen den Bau einer weiteren Rheinquerung prüfen lassen. Zudem planen sie, die City-Bahn voranzubringen, die die Landeshauptstädte verbinden soll. **Seite 47**

Vierfarbbunt: *Einmarsch der Garden zur Generalprobe der Fernsehsitzung „Mainz bleibt Mainz, wie es singt und lacht“* Fotos Cornelia Sick

Lachen nur im Handstand

Mit Merkel und Margit kann „Mainz bleibt Mainz“ heute Abend trumpfen. Nach der Generalprobe spricht vieles dafür, dass die beiden die Glanzpunkte der Fernsehsitzung im ZDF sein werden.

Von Markus Schug

Kritik am Umgangston: *Die Koalition beschäftigt Till alias Friedrich Hofmann.*

MAINZ. Ihren Humor hat Kanzlerin Angela Merkel (CDU) offenbar noch nicht verloren. Wer daran zweifelt, sollte sich heute Abend ihre für 21 Uhr angekündigte und eigentlich alles erklärende Rede im Zweiten Deutschen Fernsehen anhören. Nicht, dass die durch unendlich lange Groko-Verhandlungen arg strapazierte und ramponierte CDU-Chefin in einer Nachrichten- oder Politiksendung zu erleben wäre. Nein, nein. Merkel wird im Kurfürstlichen Schloss in Mainz erwartet, um sich bei der von 20.15 Uhr an im ZDF live übertragenen Fernsehfastnachtssitzung zur Lage der Nation zu äußern. „Die ganze Welt gerät aus den Fugen“, lautet eine ihrer Botschaften an das Narrenvolk: „Und nirgendwo ist ein Fliesenleger in Sicht.“

Dass sie diese und andere bedeutende Worte nicht höchstselbst ins Mikrofon nuscheln wird, sondern die Ansprache einem Mainzer Zahnarzt namens Florian Sitte überlässt, ist dem gängigen Rollentausch in der „Fassenacht“ geschuldet. Doch die echte Kanzlerin könnte in der Bütt kaum eine bessere Figur abgegeben als ihr Double, das am Mittwochabend schon bei der üblichen Generalprobe für das Narrenspektakel zu überzeugen wusste: „Keine Angst, ich lege die Raute jetzt nicht in den Schoß“, versicherte der Doppelgänger mit ernster Miene.

Wer die im roten Blazer und in gelben Gummistiefeln auf der Bühne stehende „Raute Nimmersatt“ auch einmal lachend erleben möchte, braucht schon ein wenig Phantasie: „Stellen Sie sich vor, ich mache einen Handstand, dann sieht es aus, also ob ich lächle.“ Und noch eines will die bei der Fernseh-Probe vor einigen hundert Zuhörern mit viel Beifall verabschiedete „Kanzlerin“ den Mainzern mit auf den Weg geben: „Sie haben Ihren Bibelturm, ich Horst Seehofer. Beide sind groß, hohl, und man weiß nicht so recht, wohin damit.“

Obwohl der Fahrplan für die sich nun abzeichnende große Koalition aus Sicht der Redenschreiber und Liedtexter denkbar ungünstig war, hat die Zeit gerade noch gereicht, um den 709 gewählten Volksvertretern in einem arg aufgeblähten Deutschen Bundestag die Meinung zu geigen. Dem auf der Reichstagskuppel sitzenden „Till“ etwa, der abermals von Friedrich Hofmann gegeben wird, scheint der Umgangston zwischen den neuen und alten Partnern nicht zu gefallen. Letztlich habe es Andrea Nahles mit ihrem wenig vorbildlichen Spruch „Ab morgen kriegen sie in die Fresse“ ja ganz nach oben geschafft.

Derweil spricht der Kabarettist Lars Reichow, der den Reigen der politisch ausgerichteten Redner heute Abend komplettieren wird, vom „Groko-Deal“ als einer vielleicht doch nur sehr kurzen Zeiterscheinung. Die SPD habe zwar super verhandelt und bald mehr Posten als Wähler. „Jetzt kommt noch die Abstimmung der Parteibasis. Dann gibt’s Neuwahlen.“ Obwohl man eigentlich sofort damit beginnen müsse, die Welt zu retten, rät er dem Publikum im Saal – darunter heute wohl auch reichlich Politprominenz – und vor den Bildschirmen zu Hause zur närrischer Gelassenheit: „Jetzt bleibt halt noch einen Moment sitzen, auf ein paar Tage kommt es nun auch nicht mehr an!“

Wer bleibt, erlebt bei „Mainz bleibt Mainz“ unter anderem eine „verkasperte“ Bundestagssitzung und den Cup-Song der Gonsenheimer Schnorreswackler, den Obermessdiener und Sitzungspräsidenten Andreas Schmitt, dessen Bütt – so sicher wie das Amen in der Kirche – jedes Jahr enger wird, und die Mainzer Hofsänger, deren finale Liedbeiträge auch dafür sorgen, dass man sich am Ende gar nicht mehr recht an die durchaus auch auszumachenden Schwachpunkte der bald vierstündigen Fernsehsitzung erinnern kann.

Eine Närrin, die am Mittwoch nicht nur ihren 75. Geburtstag feiern konnte, sondern zudem als Mainzer Ehrenbürgerin ausgezeichnet wurde, hat bei der Generalprobe ohnehin alle anderen überstrahlt. Nicht nur, weil ein eigens für diesen Auftritt gefertigter großer Halbmond hinter ihr stand. Sondern vor allem deshalb, weil Margit Sponheimer mit Liedern wie „Am Rosenmontag bin ich geboren“ und „Gell, du hast mich gelle gern“ immer noch ihr Publikum erreicht. Und das, obwohl sie sich schon vor 20 Jahren von der närrischen Rostra verabschiedet hat und seitdem nur mehr mit einzelnen Gastspielen zu erleben war. Als „Meenzer Mädche“ wird sie ihre Rückkehr heute Abend sicher genießen; und bei der Probe am Mittwoch gab es auch noch ein vom ganzen Saal gesungenes Geburtstagsständchen obendrauf.

Komiker machen Werbung im Auftrag der Regierung

Babbeln für die Energiewende: Mundart-Duo „Badesalz“ will Windräder populärer machen

Scherzen als Steckdosen: *Gerd Knebel (links) und Henni Nachtsheim* Foto dpa

ler. WIESBADEN. 71 Prozent der Hessen halten Windenergieanlagen in ihrer Nachbarschaft für zumutbar. Gut so, meint Wirtschafts- und Energieminister Tarek Al-Wazir (Die Grünen). „Das macht deutlich: Horrorgeschichten über angebliche Windkraftmonster sind völlig überzogen.“ Das Ergebnis einer vor gut zwei Jahren vorgenommenen Umfrage heißt im Umkehrschluss allerdings auch, dass fast jeder Dritte im schwarz-grün regierten Land noch Windkraftgegner ist.

Beim Versuch, dieses knappe Drittel von den Vorteilen alternativer Energien zu überzeugen, setzt der Minister jetzt auf Hessens bekannteste Mundart-Combo. Henni Nachtsheim und Gerd Knebel, besser bekannt als „Badesalz“, babbeln und streiten in drei kurzen Videoclips über Windkraft, Energiespeicher und Elektromobilität. Das Motto der im Auftrag der Landesenergieagentur produzierten Spots lautet „Hessen will’s wissen.“

Da streiten beispielsweise zwei Steckdosen über Windräder, die „Drecksdinger“, die nach Meinung mancher nur Ärger bereiten. „Irgendwann bist du nur noch am Reihern, weil sich überall die Scheiß-Propeller um dich herum drehen“, sagt die skeptische Steckdose. „Was meinst du, was du erst gereihert hättest, wenn uns Biblis um die Ohren geflogen wär“, entgegnet die andere. „So viel Eimer hättest du gar nicht zurechtstellen können. Da haben wir’s lieber abgeschaltet.“

Die Clips, erläuterte Al-Wazir gestern in Wiesbaden, griffen gängige Vorurteile in witziger, leicht verständlicher und einer ein breites Publikum ansprechenden Form auf. Es sei der Versuch, einen „niedrigschwelligen Zugang“ zu einem komplexen Thema zu schaffen. Die drei von „Badesalz“ getexteten und gesprochenen Spots dienen als unterhaltsamer Einstieg in die neue Internetseite *www.hessen-wills-wissen.de,* die ausführlich über die Vorzüge erneuerbarer Energien, wie sie die Landesregierung sieht, informieren soll. Normalerweise seien er und sein Partner bei Werbekampagnen immer skeptisch, sagte Nachtsheim bei der Vorstellung der ein- bis eineinhalbminütigen Animationsfilme. „Wir haben schon sehr viel besser dotierte Anfragen abgesagt.“ Mit dem Thema erneuerbare Energien in Verbindung mit Umwelt- und Klimaschutz habe sich das Comedy-Duo aber sofort anfreunden können. „Ich komm ja aus einer grünen Dynastie“, verriet Nachtsheim. Über das vom Land gezahlte Honorar hüllte er sich jedoch in Schweigen. „Man redet nie über Gagen.“

Für die Kampagne „Bürgerforum Energieland Hessen“, unter deren Dach auch die „Badesalz“-Clips laufen, standen nach Angaben von Karsten McGovern, dem Leiter der Landesenergieagentur, im vergangenen Jahr und im ersten Quartal dieses Jahres insgesamt 1,95 Millionen Euro zur Verfügung. Ein Großteil dieses Geldes werde für Bürgerdialoge mit dem Ziel ausgegeben, Kontroversen um die Nutzung erneuerbarer Energien durch Information zu entschärfen. Minister Al-Wazir sprach von Fortschritten beim Umbau der Energieversorgung in Hessen. Im vergangenen Jahr seien 94 Windräder mit einer Leistung von 280 Megawatt errichtet worden. Im Bundesvergleich stehe Hessen damit erstmals auf Platz sechs der Länder.

DARMSTADT

Ein Stimmungsbarometer

Von Rainer Hein

Bürgerbegehren zum Ausbau von Radwegen liegen im Trend, wie Beispiele aus anderen Städten zeigen. Der „Radwegeentscheid“, den eine Darmstädter Initiative jetzt anstrengt, kommt also nicht überraschend. Zudem hat es vor wenigen Monaten Ereignisse gegeben, die Bürger und Politik erschütterten: Zwei tödliche Verkehrsunfälle innerhalb weniger Tage im November, bei denen zwei Radfahrer in der Innenstadt ums Leben kamen.

Die Unfälle haben die Frage aufgeworfen, wie angesichts des ständig zunehmenden Autoverkehrs in einer dichtbebauten Kommune die Interessen der Radfahrer überhaupt noch ausreichend berücksichtigt werden können. Was immer wichtiger wird, weil auch deren Zahl stetig zunimmt. Vor diesem Hintergrund kann es politisch fruchtbar sein, wenn eine Gruppe von Bürgern zum Mittel eines Bürgerbegehrens greift und so etwas wie einen Masterplan des Radwegebaus einfordert.

Denn unabhängig vom Ausgang – die Unterschriftensammlung wird auf jeden Fall als Stimmungsbarometer wirken und die Debatten in der Stadtverordnetenversammlung beleben, die allerdings schon bisher bei dem Thema keinesfalls verschlafen war. Mit der grün-schwarzen Koalition ist in Darmstadt seit sechs Jahren ein Bündnis in politischer Verantwortung, das einen Schwerpunkt auf die Förderung „alternativen“ Verkehrs setzt, vom Car-Sharing über Elektromobilität bis hin zum E-Bike und zum normalen Rad. Wie wichtig das Rad als Fortbewegungsmittel geworden ist, wird sich nächste Woche wieder zeigen, wenn die Entscheidung über den Fernraddirektweg zwischen Darmstadt und Frankfurt ansteht.

Der Radverkehr ist also ein politischer Dauerbrenner. Das Bürgerbegehren wird diese Debatte nun weitertreiben und damit auch spannende rechtliche Fragen aufwerfen. Bürgerentscheide sind fast immer ein juristisch diffiziles Unterfangen, wie man kürzlich erst wieder in Pfungstadt gesehen hat. Deshalb hat die Initiative zum Radentscheid ihren Unterschriftentext vorab juristisch prüfen lassen.

Am Ende wird die Stadt über die rechtliche Zulässigkeit entscheiden. Im konkreten Fall darüber, wie viele Kilometer an Radwegen und wie viele Borsteinabsenkungen sie im Jahr umzusetzen hat. Das sind außergewöhnlich detaillierte Vorgaben für kommunales Verwaltungshandeln. Sollten sie rechtlich erlaubt sein, wäre der Radentscheid in Darmstadt von Bedeutung über die Grenzen der Stadt hinaus.

Hanau tritt Hessenkasse bei

lu. HANAU. Als eine der ersten hessischen Kommunen wird die Stadt Hanau dem staatlichen Entschuldungsprogramm Hessenkasse beitreten. Einstimmig folgten die Stadtverordneten in ihrer jüngsten Sitzung der Empfehlung des Magistrats zur Teilnahme. Über das Programm können Städte, Gemeinden und Landkreise ihre Kassenkreditschulden ablösen. Der Prozess soll drei Jahrzehnte dauern. Mit dem Beitritt verpflichtet sich die Stadt, pro Jahr und Einwohner 25 Euro in die Hessenkasse einzuzahlen. So soll ein jährlicher Betrag von 2 316 075 Euro zusammenkommen. Zur Begleichung dieser Summe dürfen keine neuen Kredite aufgenommen werden. Sie muss durch Überschüsse im Ergebnishaushalt erwirtschaftet werden, also muss weiterhin ein strenger Sparkurs eingehalten werden.

Das Land Hessen verpflichtet sich im Gegenzug, Zins und Tilgung der Hanauer Kassenkredite in Höhe von 210 Millionen Euro zu übernehmen. Damit auch für die Hanauer Beteiligungsholding mit städtischen Betrieben wie Stadtwerken, Bädern, Bussen, Parkhäusern und Baugesellschaft finanziell stabilere Zeiten entstehen können, beschlossen die Stadtverordneten, das Eigenkapital der Holding um 25 Millionen Euro aufzustocken. Für die Aufstockung nimmt die Stadt ein langfristiges Darlehen auf.

Ebenfalls die einhellige Zustimmung der Stadtverordneten fand die Vorlage des Magistrats, eine Wettaufwandsteuer für Glücksspieleinrichtungen in der Stadt zu erheben. Gerechnet wird mit Einnahmen von rund 200 000 Euro jährlich.